

Sitzungsvorlage - öffentlich

Gemeinderat am 26.07.2017

Vorlagen-Nr. 49/2017

Aktenzeichen: 207.63

Sachbearbeiter: Herr Komor

Bericht über die Schulsozialarbeit und Ganztagesbetreuung an der Helmut-Rau-Schule

externer Bericht: nein ja Geschäftsführer der AWO SHA, Herr Hepp,
Frau Beyerhaus, Frau Grothmann und
Herr Piechot

Beschlussantrag:

1. Der Bericht der AWO Schwäbisch Hall zur Schulsozialarbeit (SZA), Ganztagsbetreuung (GTB) und dem Ehrenamtsprojekt Ansporn Plus an der Helmut-Rau-Schule (HRS) wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat stimmt der Aufstockung der Schulsozialarbeit von momentan 85 Stellenprozenten auf 100 Stellenprozente und der damit verbundenen Trennung von Schulsozialarbeit und Koordinierung GTB zu.
3. Der Gemeinderat stimmt der Projektantragstellung der Gemeinde bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg im Programm "Jugend Bewegt" zu.

Sachverhalt:

Zu 1. Schulsozialarbeit, Ganztagesbetreuung und Projekt Ansporn

Seit 2007 ist die AWO SHA Partner der Gemeinde Mainhardt und koordiniert in Kooperation mit Gemeinde und Schule die Ganztagsbetreuung an der HRS. Seit 2009 ist die AWO zusätzlich Träger der Schulsozialarbeit. Darüber hinaus ist die AWO zusätzlich mit dem MentorInnen – Projekt Ansporn Plus an der HRS vertreten.

Geschäftsführung, Teamleitung und durchführende Schulsozialarbeiterin berichten über die Tätigkeit und Schwerpunkte der Arbeit an der Schule. Der Jahresbericht zur SZA/GTB des Schuljahres 15/16 ist als Anlage beigefügt.

Zu 2. Aufstockung der Schulsozialarbeit

Seit Juni 2015 ist Frau Christin Grothmann Stelleninhaberin der SZA mit 85% und Koordinatorin der GTB mit 15%. Durch den Umstand der Landes- und Kreisförderung der SZA, besteht in Mainhardt die Möglichkeit die SZA auf 100 % aufzustocken, bei gleichzeitiger Übertragung der Koordinationsaufgaben auf die langjährige AWO Mitarbeiterin Elke Kugler ohne die Personalkosten für die Gemeinde signifikant zu erhöhen.

Bei momentaner Eingruppierung der betreffenden Personen, lässt sich die Aufstockung der SZA und damit verbundenen Übertragung der Koordination GTB mit ca. 0 € - 500 € Mehrkosten pro Jahr umsetzen. Zusätzliche Stellschrauben an dieser Stelle wäre die Steuerung der Sachkosten um die Personalkostensteigerung von ca. 500 € aufzufangen.

Die Aufstockung der SZA birgt die Chance, der Anzahl der ca. 600 Schülerinnen noch mehr gerecht zu werden, sowie bisher eher „unterversorgte Themenfelder“ im Rahmen der SZA (Partizipation in der Schule, Kooperation mit der SMV und Präsenz in Schulklassen zu Präventionsthemen) zu stärken. Des Weiteren zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, dass Frau Grothmann auch in der individuellen Beratung der Schülerinnen und deren Familien immer mehr in Anspruch genommen wird. Ein weiterer wichtiger Vorteil, resultierend aus einer zukünftigen Trennung von SZA und Koordination GTB, ist der wegfallende Rollenkonflikt, da die Schulsozialarbeit zukünftig nur noch pädagogisch beratend im GTB wirken würde und die Koordination und Organisation des GTB zukünftig bei einer anderen Person angesiedelt wäre. Hier käme Frau Elke Kugler, die seit Jahren erfolgreich als päd. Mitarbeiterin in der Betreuung für die AWO tätig und vor Ort von Kollegen und Schulleitung anerkannt und geschätzt wird, infrage. Frau Kugler würde diese zusätzliche Aufgabe mit ca. 5 weiteren Wochenstunden übernehmen.

Zu 3. Programm „Jugend bewegt“

Vor dem Hintergrund einer nicht mehr regelmäßigen offenen Jugendarbeit in Mainhardt entstand im Gespräch zw. Bürgermeister und AWO die im Folgenden dargestellte Projektidee, um Klarheit zu erhalten was die „Mainhardter Jugend“ vor Ort benötigt:

Die Gemeinde Mainhardt stellt in Kooperation mit der AWO SHA einen Projektantrag bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg im Programm "Jugend Bewegt"

(Einreichungsfrist 20.9.17) (<http://www.jugendbeteiligung-bw.de/>)

mit dem Ziel

- der Abfrage des Lebensgefühls junger Menschen in Mainhardt.
- des Anstoßens eines Beteiligungsprozess.
- Der Durchführung einer "Sozialraumanalyse light" und Bedarfserhebung ("Was braucht die Jugend in Mainhardt).
- der Einbindung junger Menschen in Entscheidungsprozesse
- der Transparenzherstellung über Entscheidungsprozesse in Gemeinderat und Rathaus und Vermittlung von Demokratieverständnis, aber auch Grenzen des Machbaren aufzuzeigen.
- die Kommunikation zw. Jugend, Verwaltung, Gemeinderat und interessierten Gemeinwesen-Vertreterinnen / Bürgerinnen über den Projektzeitraum zu institutionalisieren.

Bei Bewilligung wird dem Projekt seitens der Jugendstiftung ein erfahrener Projektcoach zur Seite gestellt. Diese Person begleitet und berät die Projektgruppe über die Dauer des Projekts.

Projektgruppe:

Projektkoordination könnte bei Fr. Grothmann (Schulsozialarbeit) angesiedelt werden; Herr Komor (begleitend), sowie Vertreterinnen aus Verwaltung und / oder Gemeinwesen könnten auch Teil der Gruppe sein.

Weitere mögliche Teilnehmerinnen der Projektgruppe: Vertreter Schule, Schülersprecher/in, Vereinsvertreter, Landkreis Hall (Jugendreferent Dietmar Winter).

Vorteile des Projekts:

- Bedarfserhebung bei der "Mainhardter Jugend"
- Erfüllung § 41a GemO BW (gültig seit 1.1.2016)
- evtl. Begeisterung junger Menschen für Ratsarbeit (Nachwuchs GR - Kommunalwahl '19) und Kommunalpolitik (Stichwort: Wahlalterabsenkung - Wählen ab 16)

Die Anbindung des Projekts an die Schulsozialarbeit birgt den Vorteil des direkten Zugriffs auf Mainhardter „Jungbürger“, sowie die Stärkung des Themas Demokratieerziehung, und eventuelle Einbindung in Schulprojekte/ Unterrichtsinhalte.

Zu beachten wäre:

Der Prozess ist so zu gestalten, dass keine zu hohen Erwartungen geweckt werden (daher Coaching und Einbindung BM). Das Projekt darf nicht nur auf Schultern einer Person/Institution lasten daher bedarf es einer gute Einbindung der Schule und des Gemeinwesens und einer breit aufgestellten Projektgruppe

Kosten:

Das Coaching und Projektgelder in begrenztem Umfang werden über die Jugendstiftung zur Verfügung gestellt. Kosten für die Gemeinde: Räumlichkeiten für Veranstaltungen (z. B. für ein Jugendhearing oder ein Jugendforum), Catering von Projekttreffen, Moderationsmaterial, Werbungskosten (Flyer, etc...) (500€ - 1000€). Diese Kosten sind vom Projektverlauf und der Zielrichtung abhängig. Sollte der Gemeinderat sich entschließen den Antrag zu stellen, so wird seitens der AWO die Fördermittellandschaft geprüft um hier unterstützende Gelder zu akquirieren.

Finanzielle Auswirkungen:

Bei den beiden Punkten 1 und 2 entstehen keine zusätzlichen Kosten für die Gemeinde. Beim Punkt 3 könnten minimale Kosten für Räumlichkeiten, etc. entstehen.